



Warnstreik: Schon morgen Mittwoch könnten Trams und Busse als Kampfmassnahme in den Depots bleiben.

STEFFEN SCHMIDT/KEYSTONE

Tram- und Buspersonal droht mit Streik

VBZ Streichung der 14-minütigen Pausenpauschale lässt langjährigen Konflikt eskalieren

VON MATTHIAS SCHARRE

Die Gewerkschaft VPOD droht mit einem Streik der Tram- und Buschauffeure in Zürich. Er könnte bereits morgen Mittwoch beginnen, wie Stadtrat Andres Türler (FDP) gestern vor den Medien sagte. VPOD-Sekretär Duri Beer wollte diesen Termin weder bestätigen noch dementieren. Er verwies auf heute Abend: Dann entscheiden die Angestellten der Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) in

«Es könnte zu einer kalten Privatisierung der VBZ kommen.»

Andres Türler, Stadtrat Zürich

einer VPOD-Versammlung über die Kampfmassnahmen. Das Spektrum reicht laut Beer von Information der Bevölkerung über einen punktuellen, temporären Streik in einer ersten Phase bis hin zu einem flächendeckenden, unbefristeten Streik.

Gestern verhandelten VBZ und VPOD formell noch im Rahmen einer

Mediation. Doch bereits am 28. April hatten die VBZ-Angestellten, die im VPOD organisiert sind, die Verhandlungen für gescheitert erklärt – «weil das Ergebnis gleich null ist», wie der VPOD mitteilte.

Streit um Pausenpauschale und Angst vor Bahnreform des Bundes

Zur Eskalation kam es wegen der geplanten Streichung der pauschalen Pausengutschrift von 14 Minuten, bestätigte Beer einen Bericht von «20 Minuten». Die Sparmassnahme erfolge unter dem Kostendruck des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV). Sie sei inakzeptabel, denn auch die Erholungszeit an den Endstationen werde immer knapper im zunehmend dichten Stadtverkehr. Deshalb fordere der VPOD eine 30-minütige bezahlte Pause für das Fahrpersonal. Doch es geht um mehr: «Wir fordern seit Jahren einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV)», so der VPOD-Sekretär weiter. Die Gewerkschaft wolle damit Lohndumping zuvorkommen.

Im Rahmen der geplanten Bahnreform 2 des Bundes werde es nämlich vielleicht schon bald möglich, dass

im Extremfall polnische Anbieter einen Auftrag wie jenen der VBZ zu tieferen Löhnen übernehmen. Deshalb sollten sich mit dem angepeilten GAV alle Verkehrsunternehmen im Kanton Zürich auf Löhne verpflichten, wie sie heute die VBZ bezahlten.

Der Gesamtarbeitsvertrag solle zudem nach Berner und Solothurner Vorbild die 40-Stunden-Woche festbeschreiben. Heute gelte bei den VBZ die 42-Stunden-Woche.

Sympathien für GAV-Forderung

Stadtrat Türler und VBZ-Direktor Guido Schoch zeigten sich enttäuscht vom VPOD. Die Mediation werde mit den Gewerkschaften Transfair und Syna fortgesetzt, auch für den VPOD bleibe die Tür offen, erklärten sie vor den Medien. Und: Sowohl der Zürcher Stadtrat als auch die VBZ unterstützten die Forderung nach einem GAV als Rahmenvertrag im öffentlichen Verkehr (öV) des Kantons Zürich. Nur: Die VBZ seien der falsche Adressat dafür. Türler erinnerte daran, dass der Kantonsrat die Forderung nach einem öV-GAV schon vor Jahren ablehnte und ihr zuletzt

kein Gehör schenkte. Schoch beharrte darauf, dass die Chauffeure schon an den Endstationen genug Erholungszeit hätten, nämlich täglich 60 bis 124 Minuten. Er verwies auch auf die für die Branche überdurchschnittlich guten Arbeitsbedingungen bei den VBZ. Der Jahreslohn beim Fahrpersonal liege im Schnitt bei 86 000 Franken.

Bei Ausschreibungen im regionalen Busverkehr, wie sie die vom Nationalrat abgesegnete Bahnreform 2 vorsieht, seien die VBZ daher derzeit nicht konkurrenzfähig. «Es könnte zu einer kalten Privatisierung der VBZ kommen», folgerte Türler. Und meinte: «Wir bedauern, dass der VPOD mit der grossen Keule droht.» Man werde sich bemühen, die Aus-

wirkungen des drohenden Streiks möglichst gering zu halten, sagte VBZ-Chef Schoch.

VPOD-Sekretär Beer erinnert daran, dass es 1999 schon einmal fast zu einem Streik des VBZ-Fahrpersonals kam. Damals reduzierten die VBZ die Pausenpauschale von 30 auf 14 Minuten. Der Streik wurde jedoch in letzter Minute abgeblasen.